



Aktueller Begriff

Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Regierung 1969-1972

Vor vierzig Jahren, am 17. Mai 1972, stimmte der Deutsche Bundestag dem „Moskauer Vertrag“ sowie dem „Warschauer Vertrag“ in zweiter Lesung zu. Ziel der beiden Vertragswerke war die Herstellung friedlicher, von Verständigung und Ausgleich geprägter Beziehungen zur Sowjetunion und zu Polen. Das Parlament bestätigte mit seinem Votum den drei Jahre zuvor von der neuen sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und Außenminister Walter Scheel (FDP) eingeleiteten Kurs in der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik, der gemäß dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“ auf eine Auflösung der außenpolitischen Erstarrung, humanitäre Erleichterungen und eine Stabilisierung der europäischen Friedensordnung abzielte.

Bereits Ende der 1950er Jahre und insbesondere, nachdem Mauerbau und Kuba-Krise die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den kommunistischen Unrechtsstaaten Osteuropas mit ihren aggressiven außenpolitischen Bestrebungen und den westlichen parlamentarischen Demokratien deutlich vor Augen geführt hatten, gab es auf westlicher Seite Überlegungen und Ansätze, die Spannungen durch eine allmähliche friedliche Annäherung der beiden Militärblöcke zu entschärfen. Allerdings waren entsprechenden Bemühungen angesichts des gegenseitigen Misstrauens sowie der außenpolitischen Dogmen beider Seiten zunächst nur geringe Erfolge beschieden. Immerhin war es gelungen, mit dem am 17. Dezember 1963 abgeschlossenen Passierscheinabkommen zur Milderung der schlimmsten Folgen für die von Teilung und Mauerbau besonders betroffenen Berliner beizutragen.

Grundlage des Abkommens waren die vom Berliner Bürgermeister Willy Brandt und dem später als „Architekten der Neuen Ostpolitik“ bezeichneten Egon Bahr forcierten Bemühungen des West-Berliner Senats, auf Basis einer „Politik der kleinen Schritte“ das Leben in der geteilten Stadt mit „undogmatischen“ Lösungen erträglicher zu gestalten. Die hier entwickelten Konzepte für eine pragmatische Politik des Ausgleichs und der Verständigung haben später die Außenpolitik zunächst der Großen Koalition von 1966 bis 1969 und vor allem der sozialliberalen Koalition ab 1969 nachhaltig beeinflusst. Die Kurswende in der Ost- und Deutschlandpolitik war erklärtermaßen einer der zentralen inhaltlichen Eckpfeiler für die Bildung einer Koalition aus SPD und FDP, mit der im Oktober 1969 ein innenpolitischer Machtwechsel vollzogen und die seit 1949 regierende Union erstmals auf die Oppositionsrolle verwiesen wurde.

Die Neugestaltung der Ostpolitik durch die sozialliberale Regierung war um so eher möglich, als zeitgleich auch die USA unter Präsident Nixon einen erneuten Anlauf zu einer Verbesserung des internationalen Klimas durch eine Verständigung mit der Sowjetunion und China unternahmen, nachdem schwere Rückschläge wie die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 die seit Mitte der 1960er Jahre erzielten Fortschritte im Ost-West-Verhältnis zunichte zu machen drohten. Da alle Konfliktfelder des Kalten Krieges untrennbar mit der „deutschen Frage“ verwoben waren, wurden die ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung seitens der USA durchaus mit Wohlwollen betrachtet. Zudem stand die Bundesregierung während der Verhandlungen mit den Staaten Osteuropas über die „Bonner Vierergruppe“ und den „back channel“ (ständige Rückkoppelung) zwischen dem bundesdeutschen Verhandlungsführer Bahr und US-Sicherheitsberater Kissinger in kontinuierlichem Informations-

Nr. 06/12 (14. Mai 2012)

Ausarbeitungen und andere Informationsangebote der Wissenschaftlichen Dienste geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Der Deutsche Bundestag behält sich die Rechte der Veröffentlichung und Verbreitung vor. Beides bedarf der Zustimmung der Leitung der Abteilung W, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

austausch mit den drei Westmächten.

Unmittelbar mit ihrem Amtsantritt nahm die sozialliberale Regierung ihre ost- und deutschlandpolitische Agenda in Angriff. In seiner Regierungserklärung hatte Bundeskanzler Brandt der DDR eine gewisse staatliche Eigenständigkeit zuerkannt, ohne freilich die „rote Linie“ der völkerrechtlichen Anerkennung zu überschreiten. Damit sowie durch die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags und der faktischen Außerkraftsetzung der „Hallstein Doktrin“ (Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik) schuf die Regierung die Basis für die Aufnahme von Gesprächen mit den Ostblock-Staaten. Im Wissen um die Tatsache, dass ohne die kommunistische Vormacht keine Fortschritte in der Ost- und Deutschlandpolitik zu erreichen waren, konzentrierten sich die Bemühungen zunächst auf den Versuch einer Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion. Die Ende 1969 begonnenen Gespräche konnten bereits am 12. August 1970 mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages abgeschlossen werden. Die beiden Vertragspartner bekannnten sich zu einem allgemeinen Gewaltverzicht und verständigten sich darauf, Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen. Beide Seiten erkannten den politisch-territorialen Status quo in Europa einschließlich der Oder-Neiße-Grenze, der Existenz der DDR und des Status von West-Berlin an und erklärten die bestehenden Grenzen für unverletzlich, aber nicht für unveränderlich (was spätere friedliche Grenzrevisionen nicht grundsätzlich ausschloss). Ein bei Vertragsunterzeichnung von der Bundesrepublik überreichter „Brief zur deutschen Einheit“ stellte klar, dass der Vertrag nicht den Bestrebungen der Bundesrepublik entgegenstehe, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Noch während der Verhandlungen mit der Sowjetunion hatte die Bundesregierung auch Gespräche über ein Gewaltverzichtsabkommen mit Polen aufgenommen, das am 7. Dezember 1970 unterzeichnet werden konnte. Der Warschauer Vertrag sah neben einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen sowie dem Verzicht auf Gewaltanwendung und gegenseitige territoriale Ansprüche auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze durch die Bundesrepublik vor. Der Kniefall Bundeskanzler Willy Brandts vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos wurde zum Symbol für die Neue Ostpolitik und verwies auf die moralische Dimension der Aussöhnung mit dem von der nationalsozialistischen Expansionspolitik am ersten und besonders hart betroffenen polnischen Volk.

Die Verträge mit der Sowjetunion und Polen bildeten die Basis für weitere Abkommen mit osteuropäischen Staaten und insbesondere mit der DDR. Das am 3. September 1971 unterzeichnete Viermächte-Abkommen, von westlicher Seite in Abstimmung mit der Bundesrepublik ausgehandelt, bekräftigte die enge Anbindung West-Berlins an die Bundesrepublik; die Sowjetunion sicherte den störungsfreien Transitverkehr zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik zu. Es enthielt zudem wichtige Rahmenbedingungen für die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die schließlich zum Abschluss des Grundlagenvertrags, der am 21. Dezember 1972 in Ost-Berlin unterzeichnet wurde, sowie weiterer Abkommen führten, mit denen die beiden deutschen Teilstaaten sich – unterhalb der völkerrechtlichen Ebene – gegenseitig anerkannten und ihre bilateralen Beziehungen neu ordneten. Der wegen schwieriger rechtlicher Fragen erst am 11. Dezember 1973 unterzeichnete „Prager Vertrag“, in dem die Vertragspartner das Münchener Abkommen von 1938 für nichtig erklärten und die Unverletzlichkeit der gemeinsamen Grenzen sowie den Verzicht auf Gewaltanwendung und Gebietsansprüche vereinbarten, leitete die Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei ein. Zusammen mit der wenige Tage später erfolgten Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ungarn und Bulgarien markierte der Prager Vertrag den vorläufigen Abschluss der von der sozialliberalen Koalition eingeleiteten Neuen Ostpolitik, die die internationale Entwicklung seit Mitte der 1970er Jahre wesentlich mitgeprägt hat.

Literatur:

- Edgar Wolfrum, Die Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990 (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte Band 23), Stuttgart 2005.
- Stefan Creuzberger, Westintegration und Neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik, Berlin; Brandenburg 2009.